

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 29 (1988)  
**Heft:** 14

**Artikel:** Einebnen  
**Autor:** Revesz, Laszlo / Brügger, Christian  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1094231>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

Als Gorbatschow am 28. Juni die vielleicht epochale Parteikonferenz in Moskau eröffnete, stahlen ihm die Ungarn fast die Schau. Denn zu Zehntausenden demonstrierten sie an diesem Tag gegen Rumänien. Dort will man im Zuge einer Landreform etliche tausend Dörfer aufheben. Was aber haben diese Massnahmen mit Ungarn zu tun? Nun, die feindnachbarlichen Massnahmen werden im Zusammenhang mit der Unterdrückung der ungarischen Minderheit in Rumänien gesehen, und das wohl nicht zu Unrecht.

## Laszlo Revesz und Christian Brügger zum rumänischen Umgang mit unerwünschten Dörfern

# Einebnen

Die Schlagzeilen gemacht hat der ausgebrochene, oder vielmehr jetzt dramatisch zugespitzte, zwischenstaatliche Konflikt zwischen Rumänien und Ungarn. Er ist nicht nur strassenkundig geworden, sondern hat auch zur Schliessung konsularischer Vertretungen und zu gesperrten Grenzen geführt, ein Vorgesmack dessen, was aus Osteuropa noch werden kann, wenn mit der Bewegung im Sowjetlager auch die nationalen Fragen aufbrechen, die zuvor nicht bewältigt, sondern nur niedergehalten worden sind.

Indessen ist beim akuten Streitfall zunächst der konkrete rumänische Anlass zu würdigen, ein

Sonderfall von Agrarreform sozusagen, nämlich ein schlichtes Wahnsinnsprojekt auf Kosten der rumänischen Landbevölkerung unbeschadet ihrer ethnischen Zugehörigkeit.

### Das neue Rom vom Kaiser Nero

Das Projekt ist von Parteichef Ceausescu befohlen worden und sieht vor, jetzt bestehende kleine Ortschaften durch neue agroindustrielle Zentren zu ersetzen, um das Land «wirtschaftlicher» im Sinne des vorökologischen Zeitalters zu bebauen. Aufgehoben werden sollen dabei

7000 bis 8000 Dörfer (die höhere Zahl ist von der Moskauer «Literaturnaja gazeta» am 15. 6. 1988 in einem missbilligenden Beitrag angegeben worden).

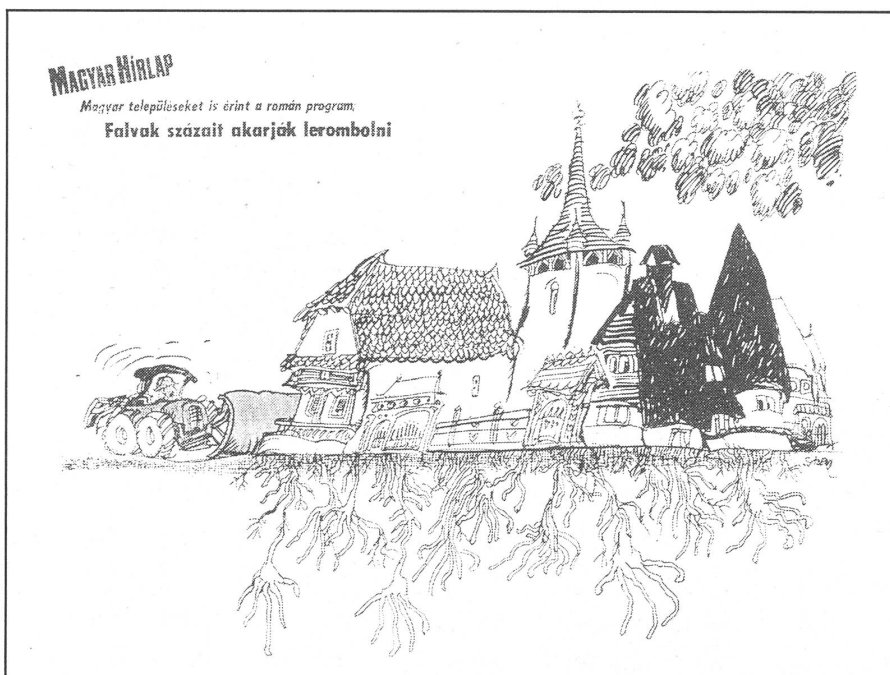
Und «aufheben» heisst in diesem Fall buchstäblich dem Boden gleichmachen. Häuser, Kirchen, Friedhöfe, Baudenkmäler, alles, was in den Jahrhunderten zuvor entstanden ist, will man mit dem Bulldozer einebnen, um die Grossflächennutzung nicht zu stören. Das passt übrigens genau zu Ceausescus neuer urbanistischer Mission, die auch in Bukarest selbst und in andern Städten zur gewollten und systematischen Vernichtung der kulturellen Substanz geführt hat. Wir haben im ZeitBild Nr. 2/1988 darüber berichtet.

Was passiert mit den betroffenen Dorfbewohnern? Sie werden zwangsumgesiedelt in die mehrstöckigen Häuser der neu geschaffenen Zentren städtischen Charakters, von denen es bis zum Jahr 2000 genau 558 geben soll.

An Stelle der alten Dörfer will man 350 000 Hektaren Boden für Landwirtschaft und Verarbeitungsbetriebe gewinnen.

Typisch für Rumänien unter der persönlichen und absolutistischen Diktatur Ceausescus ist es, wie dieses Programm der «territorialen Neuordnung» zustande kam. Seine Hauptgrundlage bildet weder ein Gesetz noch auch nur ein staatliches Dekret, sondern eine Rede, die Ceausescu am 3. März gehalten hat (deutsche Fassung in «Neuer Weg», Bukarest, 5. 3. 1988). Bei gleicher Gelegenheit gab er auch den verbindlichen Fahrplan in drei Etappen bekannt. Bis zum Jahr 2000 soll der bauliche Teil des Projektes abgeschlossen sein, und bis 1990, also innert zweier Jahre, soll schon jeder rumänische Landesbezirk (von denen es 40 gibt; hinzu kommt die Stadt Bukarest) mindestens zwei der neuen Siedlungszentren gebaut haben. Mit der Verwirklichung ist schon begonnen worden; die diesbezüglichen Gesetze kommen dann vielleicht noch.

Abgesehen von der grandiosen Willkür, mit der es durchgesetzt wird: was ist von diesem Pro-



Zeichnung von «Ludas Matyi» (Budapest, 15. 6. 1988) unter Bezugnahme auf eine Meldung von «Magyar Hirlap», wonach das rumänische Projekt auch die Zerstörung Hunderter von ungarischen Dörfern vorsehe.

gramm an sich zu halten? Hierzu lassen sich einige Punkte anführen.

- Der Grundgedanke ist zeitwidrig im höchsten Grade. Er entspricht der technischen Fortschrittseuphorie der frühen sechziger Jahre und treibt sie erst noch zum Exzess. Die Ausweitung der ökologischen Katastrophe, auf die Rumänien ohnehin schon ungebremst zutreibt (siehe ZeitBild, Nr. 2/1988), ist vorprogrammiert.

- Das Projekt nimmt als Nachzündung ein planwirtschaftliches Experiment auf, das die vermeintlich wegweisenden ändern sozialistischen Länder inzwischen schon längst entweder stillschweigend (im Falle der von Chruschtschow beschlossenen sowjetischen Agrostädte) oder ausdrücklich (im Falle der chinesischen Volkskommunen) haben fallen lassen.

- Dazu passt das Paradox, dass man die Landbevölkerung ausgerechnet heute auf ein städtisches Lebensniveau hieven will, zu einem Zeitpunkt, da es die gründlich verelendeten Einwohner Bukarests in der Stadtmisere nicht mehr aushalten.

- Ceausescus Heilsvorstellungen werden gerade mit diesem Urbanisierungsprogramm in sich selber widersprüchlich. Sein schollenverhafteter Blut-und-Boden-Mythos der urrumänischen Daker ist immer noch offizielle Lesart; wie reimt sich das mit der smart gemeinten Einführung einer geschichts- und gesichtslosen Neustadtzivilisation? Bisher hatte man vom buchstäblich national-sozialistischen Gedankengut des Führers noch sagen können: «Ist es schon Tollheit, hat es doch Methode», aber nunmehr scheint ihm sogar diese abhanden gekommen zu sein.

- Und schliesslich ein Hauptpunkt für rumänische Verhältnisse: das ganze kulturzerstörende Unternehmen kostet notwendigerweise eine Unsumme. Und das in einem Land, dessen Bevölkerung in einer unvorstellbaren Misere lebt, die sich in den letzten Jahren noch verbreitet hat (und immer schärfer zum Prunk des ceausescalen Hofstaates kontrastiert); da sind die Portugiesen in ihrem sprichwörtlichen «Armenhaus Europas» vergleichsweise noch Wohlstandsbürger.

- Die ganze Übung ist ein Exempel dafür, wie sich die Auswirkungen einer persönlichen Diktatur potenzieren lassen, wenn diese über das Instrument eines planwirtschaftlichen Systems verfügt.

### Die unterdrückten Magyaren

Kurz: die beschlossene «Modernisierung» (so wird das offiziell genannt) wäre auch dann eine Katastrophe, wenn es das Minderheitenproblem in Rumänien gar nicht geben würde. Nun aber kommt dieses noch hinzu, und das gibt dem Fall nicht nur seine internationale Aktualität, sondern auch eine zusätzliche Dimension, die ebenfalls auch dann ernst zu nehmen wäre, wenn sie allein bestünde.

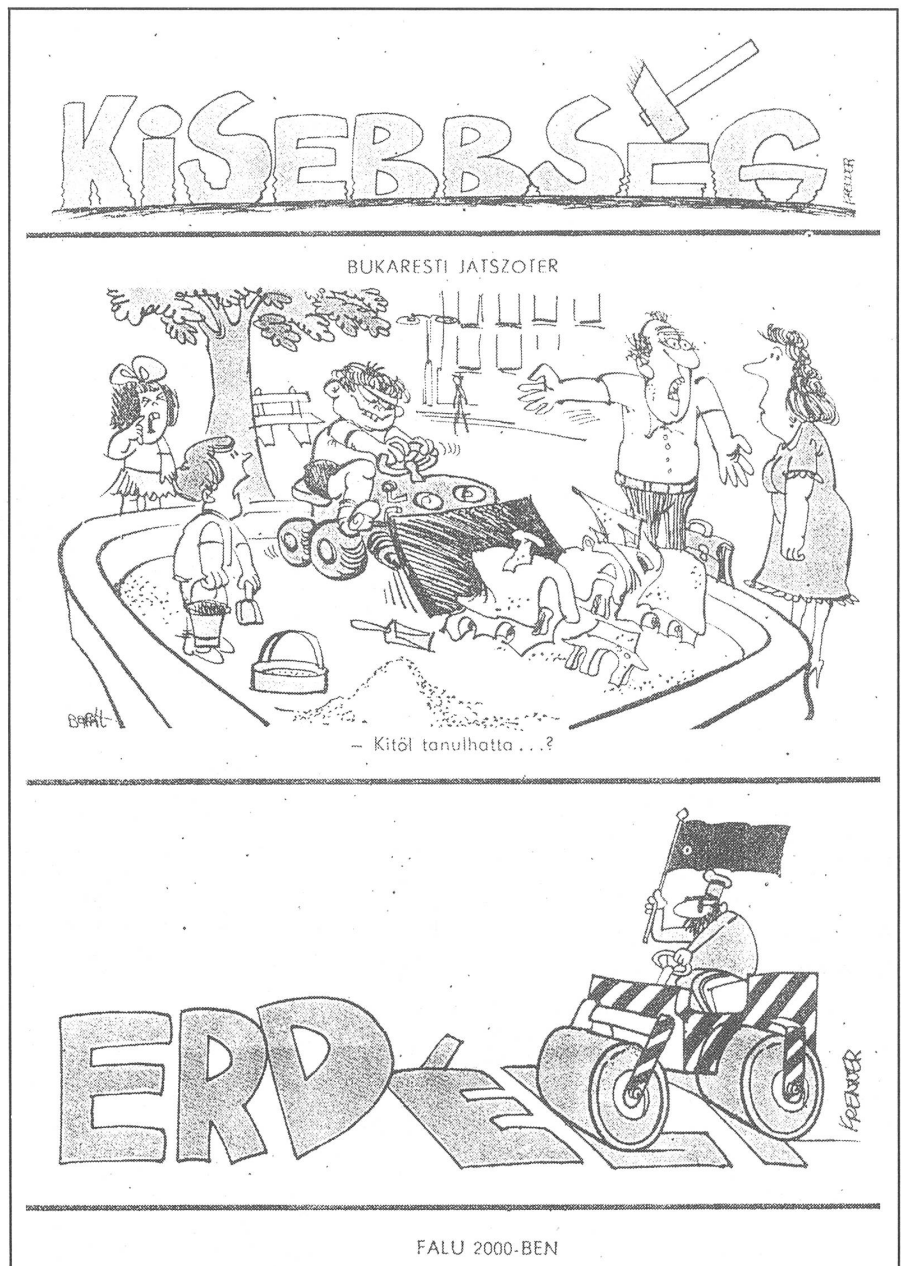
Die Verbindung der beiden Elemente besteht darin, dass die neue rumänische «Agrarpoli-

tik» einerseits möglicherweise und wahrscheinlicherweise besonders in den Minderheitengebieten durchgeführt wird (was in Ungarn als Tatsache gilt), und dass sie andererseits mit Sicherheit die ausgesiedelten Nichtrumänen vorrangig in Gefahr bringt, ihre ländlich verwurzelte nationale Identität zu verlieren. Auch wenn man das nicht als alleinigen Zweck der Übung versteht, muss dieser Nebeneffekt der Bukarester Führung schon deshalb willkommen sein, weil er ihrem Umgang mit den Minderheiten entspricht.

Rumänien ist abschreckendes Beispiel in mancher Hinsicht, und seine Behandlung von min-

derheitlichen Volksgruppen (Nationalitäten im östlichen Sprachgebrauch) gehört dazu. Das hat unter anderem mit dem von Ceausescu gepflegten Kult der Daker zu tun, mit einer geschichtlich bis mythologisch vergoldeten Huldigung an die rumänische Ethnie. Die völkische Komponente ist also vorhanden, auch im Sinne der Nazi-Assoziation, die dieser Ausdruck weckt.

Auf rumänischem Territorium leben verschiedene Minderheiten, wie Deutsche oder Zigeuner und als weitaus grösste Gruppe eben die Magyaren (Ungarn im ethnischen Sinn). Sie



Hammer auf die «Minderheit». Oben eine Szene auf einem Bukarester Kinderspielplatz: «Von wem hat er das nur gelernt?» Unten: Traktor über «Siebenbürgen». («Ludas Matyi», Budapest, 29. 5. 1988)

umfassen geschätzte 2,5 Millionen Angehörige unter den 23 Millionen Landesbewohnern.

Das Hauptsiedlungsgebiet der Magyaren liegt in Siebenbürgen (Transsilvanien). Das Gebiet wurde nach dem 1. Weltkrieg von Ungarn abgetrennt und Rumänien zugeschlagen. Über diese Geschichte und über die Unterdrückung der Magyaren, die sich während der Herrschaft von Ceausescu immer mehr verstärkt hat, haben wir im ZeitBild schon mehrmals berichtet, speziell in den beiden grossen Untersuchungen von Prof. Revesz vor einem Jahr (Nrn. 6 und 7/1987).

Tatsächlich hat die Diskriminierung der Magyaren einen durchaus zielbewussten Charakter. Sie geht in Richtung auf Zwangsassimilierung, und fast laufend kommen neue Massnahmen in diesem Sinn hinzu. Dieses Jahr zum Beispiel ist ein Erlass herausgekommen, laut welchem ungarische (und deutsche) Ortsnamen nur noch in ihrer romanisierten Form öffentliche Erwähnung finden dürfen, was die ungarische Regierung in Budapest zu einer Stellungnahme veranlasst hat («Magyar Nemzet», Budapest, 8. 4. 1988).

Schon seit Jahren ist die rumänische Führung (die zu einem beträchtlichen Teil aus der Familie von Ceausescu besteht) deutlich bestrebt, möglichst viele Magyaren aus ihren siebenbürgischen Ballungsgebieten zu entfernen und über das Land hin zu verstreuen, während man umgekehrt möglichst viele Rumänen nach Siebenbürgen «einschleust».

Die angespannte Lage hat zu einem Phänomen geführt, das zwischen zwei Ländern des Sowjetlagers neu ist. Es ist nämlich zu einem anschwellenden Flüchtlingsstrom von rumänischen Magyaren nach Ungarn gekommen, die dort um Asyl nachsuchen: 3550 für 1985, 4952 für 1986 und 9068 für 1987. Dieses Jahr nun hat der Anstieg dramatische Ausmasse angenommen: Im Verlauf der letzten sechs Monate sind rund 30 000 Menschen aus Rumänien ausge- reist.

Dieses Jahr ist in Ungarn auch ein Buch erschienen, das sich mit dem Flüchtlingsproblem befasst und konkrete Fälle schildert (Peter Kende: «Erdelyből jöttek», «Sie kamen aus Siebenbürgen», Debrecen 1988, 161 Seiten).

## Der zwischenstaatliche Konflikt

Die Lage in Siebenbürgen ist graduell zu einer Belastungsprobe zwischen den beiden Staaten angewachsen.

Anfänglich hielt sich Budapest an die offizielle Linie der Nichteinmischung und liess lediglich seiner Presse halbfreien Lauf, über die rumänische Unterdrückung zu schreiben. Kämpferische Solidarität mit den Landsleuten in Rumänien auszudrücken, war zunächst eine Spezialität der Opposition im Samisdat, aber die emotionalisierte Bevölkerung machte mit, was die Behörden veranlasste, mit etwas mehr Vorsicht nachzuziehen, um nicht ins Abseits zu geraten.

Das offizielle Dokument der Parteikonferenz von diesem Frühjahr enthielt einen Passus, in welchem «die Sorge» für die im Ausland lebenden Magyaren und ihre Rechte zu einem Anliegen der Partei erhoben wurde. Diese Stelle hatte im Entwurf gefehlt und wurde – durchaus typischerweise – auf Druck der Delegierten nachträglich aufgenommen.

Dieser Hintergrund macht es erklärlich, dass das jetzige Dorfvernichtungsprogramm Bukarests in ganz Ungarn und bei allen magyarischen Gemeinschaften ausserhalb des Landes praktisch ausschliesslich als neuester und schlimmster Schlag Ceausescus gegen die Minderheiten, und natürlich vorrangig gegen die magyarische Minderheit, verstanden wurde.

Als Motiv bei den Demonstrationen ist besonders zu erwähnen, dass Ceausescu auf den Spruchbändern der Manifestanten ausdrücklich mit Hitler verglichen wurde, ein neuer Beleg dafür, dass der angebliche Gegensatz von Sozialismus und Faschismus in Osteuropa von der Bevölkerung nicht geglaubt wird; er bleibt die apodiktische Hypothese westlicher Marxisten und ihrer Sympathisanten.

Der landesweite Protest in Ungarn hat für einmal Regierung und Opposition vereint, ebenso die Partei und die verschiedenen gesellschaftlichen Organisationen, wie den Künstlerverband usw.

Bemerkenswert sind auch einige ausländische Reaktionen. So hat der Reformierte Weltbund, der sonst mit sozialistischen Verhältnissen behutsam umzugehen pflegt, die rumänischen Massnahmen mit eindeutiger Schärfe verurteilt: Das Vorgehen verletze die Menschenrechte und die gesellschaftlichen Bindungen; die nationale Tradition und das kulturelle Erbe würden zerstört («Magyar Hirlap», Budapest, 16. 6. 1988).

Der Konflikt ist zu einer Zeit aufgeflammt, da sich eine neue ungarische Führung anschickte, mit Rumänien wenigstens wieder ins Gespräch zu kommen. Zu den ersten Vorsätzen, die der neue Parteichef Karoly Grosz nach seiner Wahl bekanntgab, gehörte eine Reise nach Rumänien. Er hält übrigens auch jetzt noch grundsätzlich an diesem Vorhaben fest, aber selbstverständlich sind die Umstände ganz anders geworden.

★

Nun gibt es osteuropäische Minderheitenprobleme nicht nur in Rumänien, und das, was in einem nicht länger zwangsweise disziplinierten Sowjetlager noch alles aufbrechen kann, ist eine Hauptfrage der osteuropäischen Zukunft.

## Der Kommentar

### Stadtkomfort mit Aussentoilette

**Wenn man sagt, dass die rumänischen Dorfbewohner in Zentren von städtischem Charakter umgesiedelt werden sollen, ist das richtig. Aber wenn man damit die Vorstellung von dem verbindet, was wir hier unter städtischem Komfort verstehen, ist das falsch.**

Ceausescus Landprojekt ist heurig und plötzlich, was seine Dimension, seine zerstörerische Radikalität und seine Verwirklichung (oder Verwirklichungsabsicht) im Zeitraffertempo angeht. Zusammen ergibt das einen präzedenzlosen Gigantismus und eine präzedenzlose Willkür. Aber der Gedanke, die Landwirtschaft auch mit baulich-organisatorischen Massnahmen zu «sozialisieren», ist an sich nicht neu, und man hat ansatzweise auch schon einzelne Neusiedlungszentren geschaffen, wie man sie

jetzt in mehrhundertfacher Auflage aus dem Boden stampfen will. So lässt sich ein ungefähres Bild von dem machen, was die Leute erwartet, wenn man sie mit den neuen Wohnverhältnissen beglückt. Und dann gewahrt man, dass sie nicht einmal in dieser Hinsicht einen so guten Tausch machen.

Unter der Voraussetzung, dass man alle Proportionen vergisst, könnte man Ceausescu sogar zubilligen, dass er bloss ein Projekt aus der Schublade gezogen hat, das schon etliche Jahre alt ist und auch eine gesetzliche Ausformung gefunden hat, nämlich das Gesetz «Über die Systematisierung des Bodens sowie der ländlichen und städtischen Siedlungen» vom 1. November 1974.

Was jetzt daraus werden soll, ist neu, aber immerhin: Im Zuge der schon damals beschlossenen «Systematisierung» sind bereits vor diesem Jahr ein paar der Siedlungen neuen Typs in Angriff genommen oder geplant worden. Weil sie jetzt Modellcharakter für grosse Bevölkerungsteile erhalten, ist es interessant zu sehen, was aus rumänischen Quellen über sie zu erfahren ist.